

Wahlprogramm Die Linke

Kommunalwahl Heidelberg 2024



Oben von links: Jörg Götz-Hege (Platz 6) | Zara Kiziltaş (Platz 3) | Bernd Zieger (Platz 2)

Unten von links: Kim Sophie Bohnen (Platz 5) | Sahra Mirow (Platz 1) | Franky Hund (Platz 4)

Heidelberg #nurmitlinks

www.dielinke-hd.de

Vorwort

Liebe Heidelbergerinnen und Heidelberger,

Heidelberg ist eine reiche Stadt. Gleichzeitig steigt die soziale Ungleichheit auf ein unerträgliches Maß an. Alles wird teuer – Mieten, Energie und Lebensmittelpreise. Das trifft längst nicht mehr nur die kleinen Einkommen. Wir wollen das Soziale in Heidelberg stärken. Unser hartnäckiger Einsatz in den letzten beiden Wahlperioden konnte bereits einiges bewirken, z. B. das Sozialticket oder höhere Mietzuschüsse für Menschen mit wenig Geld. Wir wollen Nahverkehr und KITAS aber grundsätzlich gebührenfrei.

Wer kann sich die Mieten in Heidelberg eigentlich noch leisten? Bezahlbaren Wohnraum findet man höchstens noch per Zufall und der Verkehr in Heidelberg ist eine Zumutung - gerade zu Stoßzeiten. Seit Jahren kämpfen wir im Gemeinderat für mehr sozialen und barrierefreien Wohnraum, damit niemand aus der Stadt gedrängt wird. Die PHV-Fläche wird für die Schaffung von Wohnraum besonders wichtig. Wir wollen Grünflächen erhalten und Heidelberg darf nicht hinter den Klimaschutzzielen zurückbleiben. Wir wollen einen sozial gerechten Klimaschutz gemeinsam mit den Beschäftigten.

Wir wollen eine Verkehrsplanung, die vom Menschen hier gedacht wird. Das bedeutet ein ticketfreier Nahverkehr, mit dem man auch tatsächlich pünktlich auf der Arbeit sein kann. Fuß- und Fahrradwege, auf denen man sich auch mit kleinen Kindern sicher fühlen kann. Wir wollen eine Stadt, die allen Kindern die gleichen Möglichkeiten bietet, egal wie viel die Eltern verdienen. Eine Stadt, die nicht auf die Hautfarbe, das Geschlecht oder Religion schaut. Als Linke stellen wir uns daher allen menschenfeindlichen Einstellungen klar entgegen.

Wie könnte Heidelberg aussehen als eine Stadt für alle? Als eine Stadt, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen, die sozial und ökologisch ist? Wir wollen so eine Stadt, denn es ist möglich. Es reicht uns auf Dauer nicht, einzelne Fortschritte zu machen - wir wollen darüber hinaus gehen und dass die Regeln der Politik selbst sich ändern. Wir wollen, dass alle Entscheidungen aus der Perspektive von Menschen und Natur getroffen werden, und nicht aus Profitinteressen. Dass die Gleichstellung und Sicherheit von Frauen selbstverständlich ist und nicht immer wieder erkämpft werden muss. Wir wollen, dass es keine Rolle spielt, ob jemand Schmidt oder Yilmaz mit Nachnamen heißt.

Mit eurer Unterstützung wollen wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass der Mensch der Mittelpunkt der Politik ist. Denn ein gutes Leben für alle ist möglich. Gemeinsam.

Eure Kandidatinnen und Kandidaten von Die Linke

Inhaltsverzeichnis

- Seite 4 _____ Wohnen – Die Mieten runter!
- Seite 6 _____ Soziales – Wer kann sich Heidelberg noch leisten?
- Seite 8 _____ Stadtentwicklung – steigenden Wohnbedarf & Klimaschutzziele intelligent verbinden
- Seite 10 _____ Energiewende und Klimaschutz sozial denken
- Seite 12 _____ Verkehr – Mobilität für die Zukunft
- Seite 14 _____ Finanzen – Ist Heidelberg eine reiche Stadt?
- Seite 15 _____ Wirtschaft - Heidelberg als Vorbild für gute Arbeit, Investitionen und Beschäftigung
- Seite 16 _____ Digitalisierung – Zukunft geht jetzt
- Seite 17 _____ Naturschutz – Sozial und nachhaltig
- Seite 19 _____ Frauen* und Feminismus - Wenn Frauen* streiken, steht die Welt still
- Seite 21 _____ Inklusion - zugänglich für alle
- Seite 22 _____ Queer – Leben in Heidelberg
- Seite 23 _____ Migration und Integration – Ankommen in Heidelberg
- Seite 25 _____ Von Jung bis Alt – Leben in Heidelberg
- Seite 26 _____ Bildung – solidarisch und demokratisch für alle
- Seite 28 _____ Demokratie – gleichberechtigt und transparent
- Seite 29 _____ Kultur – für alle Menschen
- Seite 30 _____ Gesundheit – Lebensqualität für alle
- Seite 31 _____ Sport, Spiel und Spaß – Für Heidelberg
- Seite 32 _____ Frieden – Beginnt vor Ort
- Seite 33 _____ Unsere Liste zur Kommunalwahl

Wohnen – Die Mieten runter!

In Zeiten steigender Preise und hohen Mieten wird das Geld bei Vielen am Monatsende knapp. Die Corona-Pandemie hat bestehende Ungleichheiten weiter verschärft - nun kommen enorme Preissteigerungen hinzu. Lebensmittel und Energie werden immer mehr zum Luxus.

Das merken wir in Heidelberg besonders. Immer mehr Menschen werden aus der Stadt gedrängt, weil sie die Miete nicht mehr zahlen können. Das wissen alle, die in Heidelberg schon einmal eine bezahlbare Wohnung gesucht haben.

Der Ausbau von sozialem Wohnraum steht daher bei uns ganz vorne in den Prioritäten. Wir waren die einzige Fraktion, die immer konsequent für mehr sozialen Wohnraum eingetreten ist. Wir wollten, dass die Stadt und gemeinnützige Wohnprojekte bei den Konversionsflächen (ehemalige Flächen des US-Militärs) den Wohnungsbau stärker übernehmen, statt dies profitorientierten Akteuren zu überlassen. Wir haben auf die soziale Entwicklung der neuen Stadtgebiete gedrängt, damit Heidelberg bezahlbar für alle wird.

Damit hatten wir zum Teil auch Erfolg, beispielsweise beim Baulandmanagement, das mindestens 30% sozialen Wohnungsbau bei neuen Bauprojekten vorsieht. Bei anderen Abstimmungen standen wir aber als Fraktion oft allein da. Wir hatten als einzige Fraktion beantragt, auf der Konversionsfläche Hospital mehr als 20% sozialen Wohnungsbau anzusetzen. Auf dem Patrick-Henry-Village (PHV) haben wir sogar 50% vorgeschlagen, welches den tatsächlichen Bedarf in Heidelberg widerspiegelt. Denn gut die Hälfte der Menschen in Heidelberg hat Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein.

Wir werden hier dranbleiben. Besonders die Auseinandersetzungen um das PHV werden in den kommenden Jahren sehr wichtig, denn hier wird sich die Zukunft des Heidelberger Wohnungsmarktes entscheiden. Als Die Linke waren wir immer eine starke Stimme für mehr sozialen und barrierefreien Wohnungsbau im Gemeinderat. Diese Stimme wird in den kommenden Jahren dringender gebraucht denn je!

Das neue Konzept zur Berechnung der zulässigen Mietobergrenzen (KdU) für Bürgergeld-Beziehende stellt eine Verbesserung dar. Die Erarbeitung dieses Konzepts konnte unsere Fraktion voranbringen. Um realistisch eine Wohnung damit zu finden, ist die Schaffung einer jährlichen festen Anzahl an neuen KdU-gerechten Wohnungen nötig, welche wir bereits beantragt haben.

Wohnen ist zu wichtig, um es dem kapitalistischen Markt zu überlassen. Für uns als Linke ist klar: Wohnen gehört in die öffentliche Hand!

Die Linke Heidelberg fordert:

- mehr kommunalen, sozialen und barrierefreien Wohnungsbau mit 50% Sozialquote bei allen neuen Wohnbauprojekten, damit die Mieten endlich wieder sinken.
- ein konsequentes Monitoring von Mietpreisüberhöhung und Mietwucher.
- gemeinnützige Wohnprojekte und Genossenschaften weiterhin unterstützen. Im letzten Haushalt haben wir eine Koordinierungsstelle für sie bewirkt.
- den Ausbau von Wohnheimen für Auszubildene und Studierende.
- Sozialwohnungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GGH erhalten und ausbauen. Die GGH muss sich noch stärker am sozialen Wohnungsbau orientieren und transparenter werden.
- Wohnkontingente für Gruppen, die es sehr schwer am Wohnungsmarkt haben, wie Frauen in Frauenhäusern, Wohnungslose und psychisch kranke Menschen.
- kein Verkauf städtischer Grundstücke. Vergabe darf es nur in Erbpacht geben.
- Gebäude möglichst erhalten und sanieren, statt abreißen und neu zu bauen. Das ist gut für die Umwelt und senkt die Mieten.
- Spekulation auf Wohnraum und gewerbliche Vermietungen als Ferienwohnungen unterbinden. Dafür fordern wir eine konsequente Umsetzung des Zweckentfremdungsverbots.
- eine zulässige Mietobergrenze (KdU) für Bürgergeld-Beziehende, für die man auch tatsächlich eine Wohnung findet
- die Schaffung von jährlich mindestens 250 zusätzlichen Sozialwohnungen, die KdU-gerecht sind.
- die Vereinfachung von Bauvorschriften, um schnell und günstig bauen zu können.

Soziales - Wer kann sich Heidelberg noch leisten?

Heidelberg ist eine reiche Stadt, aber längst nicht allen geht es gut. Die Mieten in Heidelberg sind für kleine und mittlere Einkommen kaum noch bezahlbar, während Energie- und Lebensmittelpreise durch die Decke schießen. Immer mehr Menschen wissen kaum noch wie sie am Ende des Monats über die Runden kommen sollen.

Heidelberg muss hier umsteuern, denn schließlich findet die Daseinsvorsorge vor Ort statt - in den Städten und Gemeinden. Hier erleben die Menschen soziale Teilhabe ganz konkret. Gibt es soziale Angebote, wenn ich Hilfe brauche, zum Beispiel eine Schuldnerberatung, bezahlbare KITAS, Unterstützung für Kinder an den Schulen? Wie viele Schwimmbäder gibt es und kann ich sie mir überhaupt leisten? Dies sind Fragen der kommunalen Daseinsvorsorge, und hier braucht es eine starke Stimme für soziale Gerechtigkeit.

Als im Zuge der Corona-Pandemie in Heidelberg freiwillige Leistungen gestrichen werden sollten, haben wir als DIE LINKE gegengehalten. Diese Kürzungen hätten die sozialen Angebote der Stadt eingeschränkt und damit ganz besonders Menschen mit wenig Einkommen getroffen. Zum Glück konnten wir dies gemeinsam mit anderen Gruppierungen abwenden. Dennoch hat dieser Vorstoß gezeigt, wohin die Reise geht. Die öffentlichen Kassen werden immer leerer und zahlen müssen es am Ende all diejenigen, die bereits wenig haben. Das ist für uns nicht hinnehmbar. Als Fraktion im Gemeinderat wollen wir das Leben der Menschen konkret verbessern!

Wir haben beantragt, die Gebührenordnung der KITAS zu überarbeiten, wodurch wir die unteren Einkommensgruppen entlasten konnten. Wir haben das Sozialticket erstritten und konnten erreichen, dass es noch günstiger wurde. Wenn Gebühren erhöht werden sollten, haben wir uns dagegengestellt.

Als im Armut- und Reichtumsbericht die Studierenden ausgeblendet wurden, haben wir deutlich gemacht, dass gerade auch Studierende nicht aus dem sozialen Netz der Stadt fallen dürfen. Wir konnten bewirken, dass Menschen mit Bürgergeld oder Grundsicherung im Alter mehr Geld für die Miete bekommen. Und wir haben uns dafür eingesetzt, dass auch diejenigen, die im Niedriglohn arbeiten, die Vergünstigungen des Heidelberg-Passes bekommen.

Durch unsere hartnäckige Arbeit konnten wir bewirken, dass die Stadt ein neues Konzept zur Berechnung der zulässigen Mietobergrenzen ("Kosten der Unterkunft" - KdU) für Bürgergeld-Beziehende erstellt hat, dass die zuvor viel zu niedrigen KdU-Sätze auf ein einigermaßen realistisches Maß erhöht hat. Trotzdem bleibt die Wohnungssuche gerade für Menschen mit wenig Geld ein Glücksspiel. Daher wollen wir bis auf weiteres eine jährliche feste Anzahl an neuen KdU-gerechten Wohnungen durch die Stadt schaffen, bis eine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt eintritt.

Wenn sich Krise an Krise reiht, wenn Menschen nicht nur ärmer, sondern auch verunsicherter werden, gerade dann müssen wir das Soziale stärken! Wir danken daher den jährlich stattfindenden Aktionswochen gegen Armut und Ausgrenzung des gleichnamigen Bündnisses. Über 50 zivilgesellschaftliche Gruppen in Heidelberg sind in diesem Bündnis organisiert und stellen eine starke Stimme für soziale Gerechtigkeit in Heidelberg.

Die Linke Heidelberg fordert:

- gebührenfreie Kinderbetreuung. Dazu gehört auch, dass es an allen Kitas und Schulen ein gesundes, warmes und kostenfreies Mittagessen geben muss.
- Sozialtarife beim Strom. Energiearmut und Stromabschaltungen müssen verhindert werden. Es darf nicht sein, dass Menschen umziehen oder in einer kalten Wohnung sitzen müssen, weil sie zu wenig Geld haben.
- Vergabe von öffentlichen Aufträgen nur an Firmen, die soziale und ökologische Standards erfüllen. Keine Auftragsvergabe ohne Tarifvertrag. Kommunale Arbeitgeber*innen sollen sich für einen Mindestlohn von 15 € und für die Aufnahme gewerkschaftlicher Tarifforderungen einsetzen.
- Ticketfreier Nahverkehr für alle, kurzfristig aber freie Tickets im Nahverkehr für Schülerinnen und Schüler, Azubis und Heidelberg-Pass(+)-Berechtigte. Der Wegfall der kostenfreien Abend- und Wochenendfahrten im VRN-Gebiet ist eine soziale Belastung für Studierende. Hier braucht es dringend eine neue Lösung.
- Soziale Hilfs- und Beratungsstrukturen ausbauen und Beschäftigte fair bezahlen. An den sozialen Angeboten in den Städten und Gemeinden darf nicht gespart werden.
- Für ein soziales Heidelberg braucht es ausreichend städtisches Personal mit guten Arbeitsbedingungen.
- Mehr öffentlich geförderte und fair entlohnte Beschäftigung für Erwerbslose, die auch mit der Kinderbetreuung vereinbar ist.
- Freien Zugang zu öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen, wie Schwimmbädern, Sportangeboten und Museen. Im ersten Schritt wollen wir dies für Menschen mit geringem Einkommen.

Stadtentwicklung – Steigenden Wohnbedarf und Klimaschutzziele intelligent verbinden

Einem immensen Bedarf an bezahlbarem Wohnraum steht eine begrenzte Fläche gegenüber. Auch Klimawandel und zunehmender Pendelverkehr stellen die Stadt vor große Probleme.

Die städtische Infrastruktur, Arbeitsplätze, Freizeitangebote und Nahversorgung müssen dezentraler angelegt werden. Über Jahre hat die Stadt mehr Industrie und Arbeitsplätze angesiedelt, als den dafür entsprechend nötigen Wohnraum zu schaffen. Dieses Verhältnis werden wir künftig lange Zeit umkehren müssen, um die dramatische Wohnungsmarktlage zu entspannen und den tagtäglichen Pendelverkehr zu reduzieren.

Zugleich müssen Nahverdichtung und Klimaschutz intelligent miteinander verwoben werden. Die öffentliche Hand muss langfristig mehr Flächen in ihren Besitz bringen. Die Stadt Wien dient hier mit fast 70% öffentlichem Wohnraum als nachahmenswertes Beispiel für eine soziale Wohnungspolitik (siehe auch „Wohnen“). Um den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen, müssen wir mehr Entsiegelung und Begrünung wagen. Die Klimaschneisen müssen trotz des Baudrucks erhalten werden.

Freizeit, Konsum und Nahversorgung

Es muss eine weitgehende Bedarfsdeckung für alle Lebensbereiche innerhalb eines jeden Stadtteils angestrebt werden. Dazu gehört eine fußläufige Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs, kommunalen Einrichtungen wie den Bürgerämtern oder Schulen sowie medizinischer Versorgung. Dies ist nicht nur bei einer zunehmend älter werdenden Bevölkerung wichtig, sondern auch für immer mehr Menschen ohne Auto.

Die Entwicklung von Gewerbe-, Einkaufs- und Nahverkehrsprojekten muss regional mit den Umlandgemeinden auf Ebene des Nachbarschaftsverbandes und des Raumordnungsverbandes auch künftig angegangen werden, wie schon beim interkommunalen Gewerbegebiet Heidelberg-Leimen.

Die Entwicklung der Altstadt zur Touristen- und Fastfoodmeile, die Konzentration von Arbeitsplätzen auf dem Neuenheimer Feld und die unausgewogene Entwicklung des Emmertsgrund als reiner Wohnstadtteil müssen langfristig korrigiert werden. Dabei müssen auch veränderte Konsumgewohnheiten durch den digitalen Wandel bereits heute mitgedacht werden.

Eine endlose durchgängige Einkaufsmeile von der Hauptstraße bis in die Bahnstadt lehnen wir ab. Dafür erreicht die Stadt nicht das nötige Umsatzvolumen. Zugleich stünden wichtige Flächen im Stadtzentrum nicht mehr für Wohnprojekte oder Entsiegelung und Begrünung zur Verfügung. Ebenso müssen Kultur- und Freizeitangebote außerhalb des Zentrums geschaffen werden, um der Verödung einzelner Stadtteile entgegenzuwirken.

Perspektiven für das Neuenheimer Feld

Der Masterplan Neuenheimer Feld ist in der jetzigen Form kein großer Wurf. Die Fläche durch den Neckar und das Handschuhsheimer Feld begrenzt. Zugleich wächst der Flächenbedarf vorhandener Institutionen wie beispielsweise der Universität, dem Universitätsklinikum oder auch des DKFZ. Wir setzen uns unter anderem dafür ein, dass der aktuelle Flächenbestand nachhaltig und effizienter genutzt wird. Gebäude sollen in die Höhe und Tiefe anstatt ausschließlich in die Breite wachsen.

Neben der Anbindung des Straßenbahnnetzes an den Universitätscampus und der neuen Fahrradbrücke an der Gneisenaustraße bis ins Neuenheimer Feld sind wir offen für eine Prüfung sowohl einer Seilbahn ins NHF als auch andere Optionen. Das Naturschutzgebiet Alt-Neckar und das Handschuhsheimer Feld dürfen allerdings in keinsten Weise beeinträchtigt werden. Daher lehnen wir eine fünfte Neckarquerung durch Wieblingen konsequent ab.

PHV - neuer Stadtteil als Chance

Die Konversionsfläche des ehemaligen "PHV" ist die letzte große Konversionsfläche, die der Stadt zur Verfügung steht, um preisgünstigen Wohnraum in größerem Maß zu schaffen. Wichtig ist uns, dass dazu möglichst viele bestehende Gebäude erhalten und saniert werden. Ebenso wichtig für einen lebendigen Stadtteil ist eine ausreichende Infrastruktur mit Nahversorgung, Gesundheitsdiensten und Schulen. Eine gute Anbindung sowohl an den ÖPNV mit der Straßenbahn als auch nördlich nach Eppelheim sehen wir als Voraussetzung, um weitere Pendelverkehre ins Stadtzentrum zu vermeiden.

Nutzung des „Airfield“-Geländes

Der ehemalige US-Flugplatz zwischen Pfaffengrund und Kirchheim bietet die Chance, zentral erreichbare attraktive Freizeitangebote zu schaffen. Zugleich dient die Umgebung mit ihren landwirtschaftlich genutzten Flächen als wichtige klimatische Frischluftschneise für die umgebenden Stadtgebiete. Der geplante Landwirtschaftspark soll auch Vorschläge aus der Bevölkerung einbeziehen und die Schaffung verschiedener attraktiver Freizeitangebote im Grünen prüfen. Diese neuen Angebote müssen durch eine Anbindung an den ÖPNV leicht zugänglich gemacht werden.

Anpassungen an den Klimawandel

Die baulichen Anpassungen an den Klimawandel werden Heidelberg vor Herausforderungen stellen. Neben einer stetigen Entsiegelung von Flächen, nachhaltigem Bauen und der Begrünung von Gebäuden und Flächen müssen langfristig weitere Maßnahmen mitgedacht werden, um große Hitze in den Sommern zu reduzieren. Für uns haben ökologisch notwendige Maßnahmen Vorrang vor etwaigen denkmalschutzrechtlichen Erwägungen.

Die Linke Heidelberg fordert:

- den Flächenverbrauch zu reduzieren, indem Gebäude vertikal anstatt in die Breite wachsen und klimatische Anpassungen bei durch Flächenentsiegelung und mehr Bäume.
- den Schutz des europaweit geschützte NATURA 2000 Naturschutzgebiet Alt-Neckar bei Wieblingen und Verhinderung einer 5. Neckarquerung.
- die Prüfung von verschiedenen Freizeitangeboten auf dem „Airfield“-Gelände. Heidelberg braucht mehr konsumfreie und grüne Aufenthaltsflächen.

Energiewende und Klimaschutz sozial denken

Die Klimakrise verschärft sich. Fast jedes Jahr gibt es neue Temperaturrekorde und extreme Wetterereignisse. In den Städten wird die sommerliche Hitze immer unerträglicher. Die Pole und Gletscher schmelzen schneller als je zuvor, der Meeresspiegel steigt. Für unsere Zukunft auf diesem Planeten ist die Klimakrise eine kaum abschätzbare Gefahr. Der Kapitalismus führt zu großen Belastungen für Umwelt und Klima. Umweltauflagen werden umgangen, durch Lobbyismus werden die absurdesten Projekte umgesetzt. Heidelberg hat 2019 den Klimanotstand ausgerufen, aber dies hatte kaum Folgen. Ein Beispiel ist der Verkehr der einen großen Teil des CO₂-Ausstosses verursacht.

Sanierung muss Vorrang vor Abriss haben

Laut Masterplan Neuenheimer Feld soll der Gebäudeumfang nahezu verdoppelt und im PHV der Großteil der im guten Zustand befindlichen Gebäude abgerissen und neu gebaut werden. Die dafür benötigten Baumaterialien wie Beton und Stahl werden nicht nur immer teurer, ihre Produktion verursacht eine Riesensmenge zusätzlichen CO₂-Ausstoß (graue Energie). Die Sanierung muss Vorrang vor Abriss und Neubau von Gebäuden haben. Wir setzen uns für energiesparende Holzhäuser und schnelle modulare Holzbauweise ein.

Erhalt der Grünflächen und Flächenentsiegelung

Es müssen gerade in den zunehmenden Hitzesommern heißen Plätze der Stadt systematisch begrünt bzw. Flächen entsiegelt werden. So können Grünflächen erhalten und eine weitere Flächenversiegelung vermieden werden. Wir streben zudem eine naturnahe Waldbewirtschaftung in sinnvoller Zuordnung zu Biotopen und Naturschutzgebieten an. Durch die naturnahe Waldbewirtschaftung, z.B. nach dem Vorbild des Lübecker Modells, könnte der Wald eine deutlich stärkere Rolle als CO₂-Speicher ausüben (siehe Kap. Naturschutz, Seite 15).

Energiewende und kommunale Wärmeplanung

Die Energiewende muss über die öffentliche Hand laufen, dabei spielen die Stadtwerke eine zentrale Rolle. Die Macht der großen Monopole bzw. Oligopole im Energiebereich muss gebrochen werden. Genossenschaftliche Projekte vor Ort, wie z. B. die Heidelberger Energiegenossenschaft zur Energiegewinnung, nehmen seit einigen Jahren zu, was wir ausdrücklich unterstützen.

Wir setzen uns dafür ein, dass bis 2030 ein Großteil und bis 2035 fast alle Stadtteile an die Fernwärmeversorgung angeschlossen sind. In den Stadtteilen wo dies nicht möglich ist, müssen die Stadtwerke den Ausbau von Wärmepumpen unterstützen. Die Fernwärmeversorgung soll dabei u. A. durch den Ausbau der Energieerzeugung aus der Flusswärme und der Luft, sowie der Tiefengeothermie möglichst völlig klimaneutral erfolgen. Die Stromerzeugung muss vollständig auf erneuerbare Energien umgestellt werden.

Dringend notwendig ist hierfür der Aufbau von Windkraftanlagen, bei denen Baden-Württemberg bisher im Vergleich zu anderen Bundesländern stark zurücklag. Standorte dürfen aber nicht nur im Wald und in Naturschutzgebieten, sondern auch in der Ebene gesucht werden. Grundsätzlich erklären wir uns offen für Windenergie in Heidelberg. Sehr großes Potential für die Stromerzeugung aus Photovoltaik ist bisher auf den Dächern der Uni-Gebäude des Neuenheimer Feldes, sowie auf den Dächern der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GGH ungenutzt geblieben.

Finanzierung der Energiewende-Vermögenssteuer

Für die Umsetzung dieser Großprojekte im Rahmen der städtischen Wärmeplanung sind durch die Stadtwerke Investitionen von rund einer Milliarde € erforderlich. Die Finanzierung ist bisher nicht geklärt und wird ohne ein bundesweites Förder- u. Investitionsprogramm und einer Besteuerung hoher Vermögen in Deutschland nicht möglich sein.

Sozialtarife für Strom, Gas und Fernwärme

Die Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung darf nicht zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger gehen. Strom ist ein Grundbedürfnis und muss allen Menschen, egal in welcher sozialen Lage, zugänglich sein. Stromabschaltungen lehnen wir ab. Die Stadt unterhält deswegen einen Hilfsfond, der in solchen Fällen bei Kundinnen und Kunden der Stadtwerke einspringt. Diesen wollen wir so ausweiten, dass alle Betroffenen davon profitieren können. Zugleich fordern wir Sozialtarife für Strom, Gas und Fernwärme (siehe Kap. Soziales; S. 6 und 7).

Die Linke Heidelberg fordert:

- Heidelberg soll bis 2035 Klimaneutral werden.
- die Sanierung von Gebäuden muss Vorrang vor Abriss und Neubau haben.
- den Erhalt der Grünflächen und Flächenentsiegelung
- eine naturnahe Waldbewirtschaftung
- den flächendeckenden Ausbau der Fernwärmeversorgung und kompletter Umstieg auf erneuerbare Energien
- die Einführung einer Vermögenssteuer auf Bundesebene zur Finanzierung der Energiewende
- Sozialtarife für Strom, Gas und Fernwärme

Verkehr – Mobilität für die Zukunft

Die Mobilität der Zukunft kann nicht im unbegrenzten Autoverkehr bestehen, denn er macht einen großen Teil des Feinstaubs und CO₂-Ausstoß aus und nimmt viel Raum im Verkehr ein. Stattdessen wollen wir den Umweltverbund aus öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV) sowie Fuß- und Fahrradverkehr stärken. Dafür setzen wir auf einen ticketfreien ÖPNV, der für alle nutzbar ist. Finanziert werden muss dieser durch Sonderabgaben für Vermögende und Unternehmen.

Ein ticketfreier ÖPNV soll gerade auch Berufspendler*innen ansprechen. 70% aller Beschäftigten pendeln nach Heidelberg ein, weshalb es hier dringend eine Kehrtwende braucht. Bus und Bahn müssen regelmäßig fahren und deutlich ausgebaut werden. Die Taktung muss verbessert werden und es sollen auch mehr „Moonliner“ nachts fahren. Hierbei muss der Ausbau und die bessere Finanzierung des ÖPNV Hand in Hand mit besseren Gehaltsstrukturen und Arbeitsbedingungen für Beschäftigte einhergehen.

Keine sozial-ökologische Transformation ohne Verkehrswende und keinen besseren ÖPNV für alle ohne bessere Arbeitsbedingungen. Die Linke Heidelberg steht klar hinter den Beschäftigten im Personennahverkehr und unterstützt die Kampagne "Wir fahren zusammen", ein Zusammenschluss aus Gewerkschaften, Beschäftigten des ÖPNV und Aktiven der Klimagerechtigkeitsbewegung.

Verkehrs- und Mobilitätsplanung muss immer aus Sicht der Menschen betrachtet werden, die aufgrund ihrer individuellen Voraussetzungen besondere Mobilitätsbedürfnisse haben und dadurch häufig benachteiligt werden, wie Kinder, ältere Menschen oder Menschen mit Mobilitätseinschränkungen.

Sozialticket, Vergünstigungen auch für Jugendliche, Azubis und Studierende!

Als Zwischenschritt haben wir uns für die Einführung eines Sozialtickets und eines vergünstigten Jugendtickets stark gemacht und konnten bei den letzten Haushaltsverhandlungen bewirken, dass dieses günstig bleibt. Das Sozialticket als auch das Jugendticket für Kinder, Schüler*innen und Jugendliche unter 21 Jahren wird zukünftig monatlich 9 EUR kosten. Ein ähnlich günstiges Ticket muss es auch für Studierende geben, gerade seit dem Wegfallen des Semestertickets und der kostenfreien Abend- und Wochenendfahrten. 50% aller Berechtigten nutzen dieses Ticket. Da geht mehr. Wir werden deswegen dranbleiben, dass Ticketvarianten für Menschen mit geringem Einkommen auch weiterhin günstiger werden.

Verkehrslösungen für das Neuenheimer Feld

Täglich pendeln 15.000 Beschäftigte, 18.000 Studierende sowie Patient*innen der Unikliniken in das Neuenheimer Feld ein. Für eine Entlastung dieses Verkehrs brauchen wir dringend den verbesserten Anschluss an den öffentlichen Nahverkehr. Nachdem die Universitätsleitung durch eine Klage die Straßenbahn ins Neuenheimer Feld verhindert hat, muss diese Option schnellstens auf der Grundlage des Masterplans umgesetzt werden.

Weiterhin stehen wir einer ergebnisoffenen Prüfung einer Seilbahn vom PHV bis ins Neuenheimer Feld und anderen Optionen offen gegenüber.

Zu Fuß und auf dem Fahrrad unterwegs

Im Zentrum einer umweltfreundlichen Mobilität sollte neben dem ÖPNV auch der Fuß- und Radverkehr stehen. In Heidelberg fehlt immer noch ein schlüssiges Gesamtkonzept für ein Fuß- und Radwegenetz. Das Fahrradstraßennetz muss deutlich ausgebaut werden und Lücken und "Nadelöhre" beseitigt. Wichtig dafür ist die Schaffung von sicheren, räumlich vom Autoverkehr getrennten Radwegen anstatt Fahrradschutzstreifen. Diese müssen breit genug ausgebaut werden, damit sich Fußgänger*innen, Fahrradfahrende und neue Verkehrsmittel wie z.B. E-Scooter nicht gegenseitig behindern oder in Gefahr bringen.

Auch mehr sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder müssen geschaffen werden. Außerdem sollen Grünpfeile zum Rechtsabbiegen für Fahrradfahrende an allen verfügbaren Ampeln angebracht werden. Die Plöck ist teilweise zu einer Fahrradstraße umgestaltet worden, ohne allerdings den Fußgängerverkehr ausreichend zu berücksichtigen. Dies kann zu Gefahren führen, besonders für Schüler*innen und Ältere. Wir fordern deshalb von der Stadt getrennte Fahrrad- und Gehwegstreifen.

Das Pollerkonzept für die Altstadt muss endlich umgesetzt werden. Damit kann die Innenstadt weitgehend autofrei und für alle zugänglich gestaltet werden. Konsequenterweise muss die Stadt in den nächsten Jahren gegen das Gehwegparken vorgehen, welches unter anderem für Familien und mobilitätseingeschränkte Personen Schwierigkeiten darstellt.

Wir unterstützen die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung in allen Stadtteilen. Die Gebühren für das Anwohnerparken wurden bereits angepasst. Einer weiteren Erhöhung auf über 120 EUR im Jahr werden wir nur dann zustimmen, wenn auch eine soziale Staffelung möglich ist.

Intelligente Ampelschaltungen

In Heidelberg gibt es noch viele Festzeit-Ampelanlagen, welche durch intelligente Ampelsteuerungen ersetzt werden könnten. Die Linke drängt auf eine Modernisierung auf Basis neuer wissenschaftlicher Konzepte zur Ampelsteuerung. Hierbei sollte auch eine grüne Welle für Fahrradfahrende in Betracht gezogen werden. Die Vernetzung isolierter Ampeln kann durch Nachrüstung kleiner Funksteuermodule erfolgen. Für die Straßenbahnen sind konsequent und stadtweit Vorrangschaltungen einzuführen. Nur so kann das vor Jahren beschlossene Vorhaben der Straßenbahnbeschleunigung von 16 km/h auf 20 km/h umgesetzt werden.

Die Linke Heidelberg fordert:

- perspektivisch einen ticketfreien, barrierefreien ÖPNV!
- eine weitere Vergünstigung des Sozialtickets auch für Azubis und Studierende.
- den barrierefreien Ausbau von Bus- und Straßenbahnhaltestellen.
- den weiteren Ausbau von Fahrradwegen und Zweiradspuren.
- sichere und überdachte Stellplätze, die an den ÖPNV angebunden sind.
- attraktive Gehwege, die vom Radverkehr getrennt sind.
- den Ausbau der Mieträder im Angebot des VRN.
- eine bessere und intelligent an die Stoßzeiten angepasste Taktung des ÖPNV. Auch abends und an Sonn- und Feiertagen sollen Bus und Bahn öfter fahren!
- gute Gehaltsstrukturen und Arbeitsbedingungen für Beschäftigte des ÖPNV.
- eine Straßenbahn ins Neuenheimer Feld, in die Konversionsfläche PHV und nach Schwetzingen.
- ein Park+Ride-Konzept für den Pendelverkehr.
- die Verbesserung der Anbindung von Boxberg und Emmertsgrund durch eine Schnellbuslinie.
- eine Vorrangschaltung für Straßenbahnen sowie Fahrradfahrende.
- eine intelligente Ampelschaltungen zur Verbesserung des Verkehrsflusses.
- den zügigen Ausbau der Anzeigentafeln an den ÖPNV-Haltestellen.

Finanzen - Ist Heidelberg eine reiche Stadt?

Das ist nicht einfach zu beantworten. Einerseits leben hier viele Menschen mit gutem Einkommen, die sich die sehr hohen Mieten und das kulturelle Angebot leisten können. Andererseits wird alles teurer und das trifft besonders Menschen mit wenig Einkommen. Für sie ist es unerlässlich, dass es ein gutes und günstiges Angebot öffentlicher Dienstleistungen gibt.

Die Städte und Gemeinden bekommen die Folgen von Inflation, massiven Rüstungsausgaben und steigenden Zinssätzen (was massiv steigende Kosten für Kredite, Bauvorhaben und Investitionen bedeutet) zu spüren. Zugleich vernachlässigt die grün-schwarze Landesregierung und auch der Bund die Kommunen finanziell. In den Kommunen findet die Daseinsvorsorge statt, aber die dafür notwendigen Mittel bekommen sie nicht. Es wird daher endlich Zeit, über die Einnahmeseite zu reden.

Wir wollen große Vermögen und Einkommen gerecht besteuern. Statt Superreiche zu schonen, braucht es endlich eine gerechte Steuerpolitik. Das Geld wird dringend gebraucht: für die Sanierung unserer Schulen und Krankenhäuser, für unsere sozialen Angebote, für den Ausbau des Nahverkehrs. Das kurzfristig aufgestellte Bundeswehr-Sondervermögen von 100 Milliarden Euro zeigt: es ist genug Geld da. Statt also beim Sozialen zu kürzen, wollen wir die Superreichen zur Kasse bitten.

Für Heidelberg schlagen wir vor, die Gewerbesteuer moderat zu erhöhen. Auf Bundesebene wollen wir die Gewerbesteuer zu einer Gemeindefortschrittssteuer weiterentwickeln, durch die kleine Unternehmen entlastet würden. Als Fraktion Die Linke haben wir Großprojekte, die viel Geld verschlingen, aber von denen nur Wenige profitieren, wir immer scharf kritisiert. Beispiele dafür sind der Neckarufertunnel oder das Kongresszentrum. Sie belasten den Haushalt und treiben Heidelberg weiter in die Verschuldung. Wir wollen uns daher vorrangig für nachhaltige, soziale und ökologische Investitionen einsetzen, wie z.B. den sozialen Wohnungsbau oder die Verkehrswende hin zu mehr ÖPNV.

Es darf keine Privatisierung städtischer Einrichtungen Bereiche der Daseinsvorsorge geben, wie etwa Schulen, Wasser und Abwasser, Energieversorgung, Abfallwirtschaft, öffentlicher Personennahverkehr, sozialgebundener Wohnraum. Diese Bereiche dürfen nicht für Profitmaximierung genutzt werden. Daher müssen die städtischen Gesellschaften im kommunalen Eigentum bleiben. Zudem muss der Wohnungsbestand der GGH deutlich erhöht werden und städtische Grundstücke grundsätzlich nicht verkauft, sondern nur in Erbpacht vergeben werden.

Nur so kann die Kommune eine demokratische Kontrolle ausüben und hat Einfluss auf die Gestaltung von Tarifen, Gebühren und Mieten. Wofür wir Geld ausgeben, das wollen wir gemeinsam entscheiden - mit den Bürgerinnen und Bürgern. Wir fordern, dass ein Teil der öffentlichen Gelder als Bürger*innenhaushalt gestaltet wird, um die Vergabe öffentlicher Mittel demokratischer zu machen.

Die Linke Heidelberg fordert:

- Kommunen müssen besser finanziert werden. Mehr Aufgaben brauchen zusätzliche finanzielle Mittel.
- eine moderate Erhöhung der Gewerbesteuer in Heidelberg. Langfristig streben wir eine Gemeindefortschrittssteuer an, um kleine Unternehmen zu entlasten.
- keine weiteren teuren und üppigen Großprojekte ohne Mehrwert für die Allgemeinheit, die den städtischen Haushalt belasten.
- vorrangige Investitionen in nachhaltige, soziale und ökologische Projekte.
- einen Bürger*innenhaushalt. Alle müssen beim städtischen Haushalt mitentscheiden dürfen!
- keine Privatisierung städtischer Daseinsvorsorge. Sponsoring-Verträge, wie z.B. bei der Sanierung der Stadthalle, lehnen wir ab.

Wirtschaft - Die Stadt Heidelberg als Vorbild für gute Arbeit, Investitionen und Beschäftigung

Die Stadt Heidelberg trägt als kommunale Arbeitgeberin Verantwortung für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die Gestaltung für deren Einkommen und Löhnen. Öffentliche Aufträge müssen deswegen an soziale und ökologische Kriterien gebunden sein, soweit es bestehendes EU-Recht zulässt. Dabei sollen regionale Unternehmen möglichst bevorzugt werden, um Wirtschaftskreisläufe vor Ort zu stärken.

Wir wollen die ökologische und ressourcenschonende Produktion von Gütern vor Ort ausbauen, statt lange Anfahrtswege und Ausbeutung von Mensch und Natur. Für uns ist es die wichtigste Aufgabe von kommunaler Wirtschaftspolitik, die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort zu verbessern statt von Profitinteressen einzelner Unternehmen.

Gute Arbeit

Outsourcing zur Kostenersparnis lehnen wir ab, da hier in der Regel gültige Tarifverträge umgangen werden. Die Stadt und ihre Eigenbetriebe haben die geltenden Branchentarifverträge einzuhalten. Bei der Auftragsvergabe sollen nur Firmen berücksichtigt werden, die ihrerseits Tarifverträge einer der DGB-Gewerkschaften anwenden und dies auch von ihren Subunternehmen sowie Zulieferern nachweislich fordern. Die Praxis von Kettenbefristungen muss ein Ende finden.

Tourismus

Tourismus ist für viele Menschen ein wichtiger Teil ihres Lebens und für die Stadt auch eine wichtige wirtschaftliche Einnahmequelle. Reisen befriedigt das Bedürfnis nach Erholung, Bildung, Kultur und Naturerleben.

Unser Ziel ist ein sozial gerechter, weitgehend barrierefreier und ökologischer Tourismus. Heidelberg braucht eine Strategie, um die Ausbreitung neuer Hotels zu regulieren. Wir haben uns im Gemeinderat für eine Bettensteuer von 5 % des Zimmerpreises stark gemacht.

Ein verträglicher Tourismus benötigt einen guten öffentlichen Nahverkehr. Dieser sollte an den Busfernverkehr angeschlossen sein. Bei der Suche nach einer neuen geeigneten Haltestelle für den Busfernverkehr ist dies zu berücksichtigen.

Handel und Konsum

Das Sterben vieler Einzelhandelsläden und auch großer Ketten aufgrund von Inflation, Corona-Auswirkungen und zunehmenden Online-Handel führt zu Problemen. Die Stadt muss dazu beitragen, dass die Nahversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs in den Stadtteilen erhalten bleibt. Auch für größere Ladenflächen an zentralen Orten müssen Lösungen gefunden werden, die die Aufenthaltsqualität nicht beeinträchtigen. Zugleich lehnen wir eine überdimensionierte Einkaufsmeile von der Altstadt bis zum Hauptbahnhof (und darüber hinaus) ab.

Die Erleichterungen im Umgang für Außenflächen in der Gastronomie während der Corona-Zeit haben sich bewährt und sollten beibehalten werden. Wir treten für weniger Regulierung auch auf kommunaler Ebene ein, um kleine Unternehmen gegenüber großen Ketten nicht unverhältnismäßig zu belasten. Der Fokus sollte hierbei auf alternative, nicht-profitorientierte Wirtschaftsformen wie Genossenschaften, gemeinnützige Unternehmen, gemeinschaftsgetragenes Wirtschaften (z.B. solidarische Landwirtschaft, Lebensmittelkooperativen) oder dem inhabergestützten Einzelhandel liegen.

Digitalisierung – Zukunft geht jetzt

Die Digitalisierung hat zunehmenden Einfluss auf sämtliche Lebensbereiche und ist aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken. Die nötige Infrastruktur soll deshalb bevorzugt durch öffentliche Träger bereitgestellt werden anstatt durch private Unternehmen. Wir stehen für eine modernisierte Infrastruktur, wozu auch der Ausbau des Glasfasernetzes und von öffentlichen Hotspots wie "Heidelberg for you" gehört.

Durch moderne Entwicklungen lassen sich viele Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge effizienter gestalten, jedoch muss diese Modernisierung so erfolgen, dass diese zuverlässig auch in schwierigen Szenarien besteht. Dazu gehört auch der Schutz vor Manipulation und Hacker-Angriffen. Um Technik für eine Vielzahl von Menschen zugänglicher zu machen, wollen wir öffentliche Reparatur Cafés, Hacker- und „Makerspaces“ als Einrichtungen öffentlicher Bildung und Teilhabe fördern.

Wir lehnen anlasslose Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen ab und haben gegen die intelligente Videoüberwachung gestimmt.

Schule von morgen

Die Schulen müssen endlich den Anforderungen des 21. Jahrhunderts mit modernen Lehrmitteln ausgestattet werden. Der bisherige Ausbau geht viel zu langsam. Es muss geeignete Hardware standardmäßig vorhanden sein. Alle Kinder sollten möglichst mit Tablets und anderer Hardware so ausgestattet werden, dass kein Kind benachteiligt wird, nur weil zuhause keine ausreichenden digitalen Geräte und Zugänge vorhanden sind.

Open Data

In der Verwaltung sollen die Vorgänge und Finanzflüsse offen nachvollziehbar gestaltet werden (Open Data), jedoch die Privatsphäre der Bürger und Bürgerinnen sichergestellt werden. Behördendienstleistungen sollen dabei so einfach wie möglich angeboten werden. Wir haben zum Beispiel die Möglichkeit der sicheren Behördenkommunikation mit PGP erreicht.

Die Linke Heidelberg fordert:

- Schulen mit der benötigten Infrastruktur auszustatten, dazu gehören auch Geräte für Kinder
- Reparatur Cafés, Hacker- und „Makerspaces“ als Einrichtungen öffentlicher Bildung und Teilhabe zu fördern.
- den Ausbau Freifunkhotspots und des Glasfasernetzes.
- keine anlasslosen Überwachungsmaßnahmen von öffentlichen Plätzen.
- das Recht auf Privatsphäre – keine anlasslose Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen

Naturschutz – Sozial und nachhaltig

Naturschutz geht uns alle an. Soziale Gerechtigkeit ist eng mit dem Schutz der Umwelt verflochten. Wir wissen, dass die klimaschädliche Lebensweise in den Industriestaaten zu Armut und Ausbeutung in anderen Ländern führt. Wir fordern auf kommunaler Ebene eine Regulierung von ungerechtem Handel und umweltschädlichen Produkten.

Wasserversorgung und Abwasser

Heidelberg benötigt mehr entsiegelte Grünflächen, damit Wasser bei starkem Unwetter oder Fluten ins Grundwasser absickern kann. Wasser ist zugleich ein Klimaregulator und dient dem Stadtbild. Die Stadt benötigt mehr Wasserflächen in Form von Brunnen, Kanälen und Becken. Wir unterstützen zudem die Renaturierung und Entsiegelung von Gewässern wie Bächen oder auch Abschnitten des Neckars, damit hier eine naturnahe Uferlandschaft entstehen kann. Das gilt auch für die Entsiegelung von städtischen Flächen wie Plätzen, Wegen oder Schulhöfen. Zudem wollen wir prüfen lassen, wo neue öffentliche Trinkbrunnen an öffentlichen Plätzen geschaffen werden können.

Die Verunreinigung von Grundwasser und Abwasser, z.B. durch Überdüngung, macht eine aufwändige Aufbereitung des Trinkwassers nötig. Die Nutzung von Quellen zur Trinkwasserversorgung durch die Stadtwerke führt dazu, dass Bäche in regenärmeren Zeiten trockenfallen. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf das Pflanzen- und Tierreich dieser Lebensräume.

Wir möchten, dass die Stadt Maßnahmen ergreift, um den Wasserverbrauch möglichst zu verringern und durch den Einsatz naturnaher Entwässerungssysteme den Regenwasserabfluss in das Kanalsystem reduziert. Das städtische Förderprogramm Nachhaltiges Wassermanagement soll dabei ausgebaut werden.

Klimaneutrale Produkte und lokale Dienstleistungen unterstützen

Die Linke unterstützt Projekte auf kommunaler Ebene, die für eine solidarische und ökologische Zukunft arbeiten. Viele Produkte werden oft unter unsozialen und umweltschädlichen Bedingungen erzeugt. Betriebe, die regionale und ökologische Produkte anbieten, sollen unterstützt werden. Müllvermeidungsstrategien für den Handel möchten wir ausbauen. Wir wollen daher lokale, klimafreundliche und ökologische Produkte und Dienstleistungen in städtischen Einrichtungen fördern.

Tierschutz

Haustiere sind geliebte Familienmitglieder von Menschen. Doch auch hier darf Tierhaltung und Tierzucht nicht auf Kosten der Tiere gehen. Deshalb muss die Stadt Heidelberg ihre Möglichkeiten ausschöpfen, potenzielle Missstände in Tierzucht, -handel und -haltung zu unterbinden. Dem Tierheim müssen ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden, Tiere in Not artgerecht zu versorgen.

Forste und Wälder

Wir möchten einen weitgehend naturnahen Stadtwald. Pflanzungen müssen durch heimische, klimaresistente Arten dem Klimawandel angepasst werden und die verbliebenen Nadelbaumplantagen ersetzen. Die Totholzkonzeption des Landes mit dem modifizierten Altholz-, Habitatbaum- und Totholzkonzept (AuT-Konzept) soll von 5 % der Fläche auf 10% der Fläche erweitert werden, damit Bäume im Stadtwald ein höheres Alter erreichen dürfen und genügend Totholz als Habitat zur Verfügung steht. Zugleich wünschen wir eine Prüfung, ob ehemals heimische Arten wie Luchse wiederangesiedelt werden können.

Die Linke Heidelberg fordert:

- die Versorgung in Not geratener Tiere, wofür die Erhaltung und bestmögliche Ausstattung des Tierheimes unerlässlich ist.
- die Sätze der Hundesteuer an die sozialen Gegebenheiten von Hundehalter*innen anzupassen.
- die weitere konsequente Umstellung der öffentlichen Straßenbeleuchtung auf LED, die die spektrale Zusammensetzung des Lichts mit einem überwiegenden Gelb-/Orange- und Rotanteil berücksichtigt, um den Insektenanflug deutlich zu vermindern.
- den konsequenten Ausbau von kommunalen Taubenschlägen, um die Population zu regulieren und eine artgerechte Ernährung dabei zu gewährleisten.
- ein kommunales Wildtierverbot für Zirkusse, indem Heidelberg keine städtischen Flächen mehr an entsprechende Zirkusbetriebe vermietet. Heidelberg kommt dieser Forderung heute schon recht weit nach, kann aber seine positive Vorreiterrolle zum Tierschutz innerhalb Deutschlands noch ausbauen.
- die Förderung von Wildblumenwiesen, um Bienen und anderen Insekten Nahrung und Unterschlupf zu bieten. Ebenso die Begrünung von Dachflächen.
- die Förderung von ökologischer Landwirtschaft, nicht zuletzt, um die Nitratbelastung zu mindern.
- die Durchführung von zur Wassereinsparungsmaßnahmen in stadteigenen Einrichtungen.
- die Förderung von Gemeinschaftsgärten.

Frauen* und Feminismus - Wenn Frauen* streiken, steht die Welt still

Frauen* leisten den überwiegenden Teil aller Arbeiten, die notwendig sind, um eine Gesellschaft am Laufen zu halten. Ob in der Pflege, bei der Erziehung unserer Kinder, im Ehrenamt oder in der Sorgearbeit – überall leisten Frauen oftmals unbezahlte Arbeit. Corona hat dies nochmal besonders deutlich gezeigt: in der Regel waren es Frauen, die Homeschooling, Home-Office und Hausarbeit gleichzeitig schulterten und damit multiplen Belastungen ausgesetzt waren.

Gleichzeitig hat die Gewalt gegen Frauen zugenommen. Jede dritte Frau* erfährt in ihrem Leben mindestens einmal körperliche und/oder sexualisierte Gewalt. Dennoch fehlt es in Heidelberg an ausreichend Plätzen in Frauen- und Kinderhäusern. Hilfs- und Beratungsstrukturen für Frauen stehen viel zu oft unter Finanzierungsdruck.

Wir setzen uns als Linke für ein anderes, ein feministisches Verständnis von Stadt, Gesellschaft und Arbeit ein. Denn Arbeit ist nicht nur bezahlte Lohnarbeit, auch die überwiegend von Frauen* geleistete Sorgearbeit (care Arbeit), die ehrenamtliche Arbeit in Vereinen und Verbänden, all das ist Arbeit.

Wir wollen die gesellschaftlichen Strukturen und die Städte selber hinterfragen. Denn nach wie vor werden Frauen* durch bestehende Strukturen benachteiligt, verdienen weniger Gehalt, sind schlechter in den Entscheidungsgremien repräsentiert und öfter Opfer von Gewalt. Eine gleichberechtigte Gesellschaft muss diese Strukturen ohne Wenn und Aber zur Diskussion stellen.

Unser Leitmotiv sind sorgende Städte. Eine sorgende Stadt ist an den Bedürfnissen aller Menschen ausgerichtet. Ihr Verkehrsraum ist gleichberechtigt aufgeteilt, und nicht nur auf das Auto ausgerichtet. Sie bringt wichtige Einrichtungen der Sorgearbeit wie Kinderbetreuung, Senior*innentreffs, Sozialberatungen und Gesundheitsangeboten zusammen. In Heidelberg wollen wir ein solches Sorgezentrum starten, zum Beispiel im leerstehenden Galeria-Gebäude am Bismarckplatz.

** Frau* (mit Sternchen) steht für alle Menschen, die sich als Frau bezeichnen*

Die Linke Heidelberg fordert:

- Kitas ausbauen und gebührenfrei stellen, flexible Betreuungszeiten, genug Personal und gute Arbeitsbedingungen für die Erzieherinnen und Erzieher.
- politische Ämter und Mandate müssen mindestens zur Hälfte mit Frauen* besetzt werden, ebenso alle leitenden Stellen in den Verwaltungsebenen. Dafür müssen Arbeitsmodelle gestärkt werden, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen.
- eine geschlechtergerechte Haushaltssteuerung („gender budgeting“) und die Pflicht zur Prüfung der Auswirkungen kommunaler Entscheidungen auf die Geschlechter („gender mainstreaming“).
- Pilotprojekte zur Umwandlung von leerstehenden Gewerbeimmobilien zu kommunalen Sorgezentren mit sozialer Beratung, günstigem Essen, Kitas, Pflege- und Gesundheitsangeboten.
- Frauen* in Not dürfen wegen ungeklärter Finanzierung oder fehlenden Plätzen nicht abgewiesen werden. Die Istanbul-Konvention muss endlich umgesetzt werden.
- den Ausbau kommunaler Angebote zur Frauengesundheitsförderung und Erhaltung von Hebammen und Geburtshilfe in den Krankenhäusern.
- ausreichende Finanzierung jener Akteur*innen, die Frauen* in allen Lebenslagen unterstützen, beraten und stärken.
- die Unterstützung von Frauen* in der Prostitution, bzw. die aus der Prostitution aussteigen möchten durch die Stadt (Runder Tisch Prostitution).
- das Angebot von Schwangerschaftsabbrüchen an allen kommunalen Kliniken und ausreichendes Beratungsangebot.
- Ausweitung des Pilotprojektes "perioHDe" auf alle öffentlichen Gebäude.
- Verbot sexistischer Werbung im öffentlichen Raum.

Inklusion - Zugänglich für alle

In Heidelberg leben mehr als 20.000 Menschen mit Behinderung. Es braucht wenig Anstrengung, um alle Barrieren zu sichten, die Menschen mit Behinderungen tagtäglich begegnen: im öffentlichen Personennahverkehr, bei (kulturellen) Angeboten, im Bildungssystem, auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt. Doch für uns ist klar: Menschen mit Behinderungen haben ebenso das Recht daran, an allen Bereichen des Lebens teilzunehmen - und dies ohne Schwierigkeiten. Dieses Recht vor Ort zu realisieren ist Aufgabe der Kommune. Die UN-Behindertenkonvention muss vollständig umgesetzt werden.

Wir sind sehr froh um das Engagement und die Expertise, die der städtische Beirat von Menschen mit Behinderungen (BMB) einbringt. Sie weisen uns auf all jene Missstände hin, die bestehen, und begegnen diesen mit konkreten Lösungsvorschlägen. Der BMB soll daher das Antrags- und Stimmrecht in den Ausschüssen und Gemeinderat erhalten.

Die Linke Heidelberg fordert:

- Schaffung barrierearmen, barrierefreien und rollstuhlgerechten bezahlbaren Wohnraums im größeren Umfang als dies nach der Landesbauordnung vorgesehen ist.
- den schnellen Ausbau von barrierefreien Haltestellen.
- die Schaffung von öffentlichen barrierefreien Toiletten, die immer verfügbar sind.
- die Berücksichtigung von Barrieren bei allen städtischen Projekten.
- die Stärkung von Lotsen, die Menschen mit Behinderungen bei städtischen Veranstaltungen unterstützen.
- ausreichend Parkplätze für Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Raum.
- die konsequente Ermöglichung barrierefreier Kommunikation (z.B. „Leichte Sprache“, Braille-Schrift, Induktionsschleifen, Gebärdensprachdolmetscher*innen).
- eine ausreichende Finanzierung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten.
- die deutliche Überschreitung der Sollvorgabe der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen von 5% in der Stadtverwaltung und in den städtischen Gesellschaften.
- gute Beschäftigungsmöglichkeiten (und gute Entlohnung) für Menschen mit Behinderungen zu schaffen, z.B. durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Heidelberger Diensten oder aqb-Heidelberg (Nahkauf Emmertsgrund).

Queer – Leben in Heidelberg

Die Zeiten sind fortgeschritten und wir alle wissen um die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt unserer Gesellschaft - doch nicht alle akzeptieren sie. Untersuchungen zeigen, dass auch hier in Heidelberg queere Menschen im öffentlichen Raum - und nicht selten auch im privaten Raum - um ihre Sicherheit fürchten müssen. Für Die Linke ist deutlich, dass die Stadt alles in ihrer Machtstehende tun muss, um sicherzustellen, dass queere Personen gleichermaßen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, denn die Realität ist eine Andere. Hierfür braucht es sichere Orte und die Zusammenarbeit mit queeren Institutionen wie zum Beispiel im Rahmen des Runden Tisches, um die Bedürfnisse richtig zu erkennen und bestehende Problematiken anzugehen.

Die Linke Heidelberg fordert:

- die ausreichende Finanzierung von Beratungs-, Sensibilisierungs- und Bildungsangeboten wie PLUS. Diese müssen an spezielle Bedürfnisse, wie dem Alter, angepasst sein.
- ausreichende Mittel für den Runden Tisch für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt.
- Schulungen für Mitarbeiter*innen der Stadt.
- Heidelberg soll ein „Rainbow Safe Haven“ werden, das heißt, die Erstellung von Schutzkonzepten für queere Geflüchtete (Unterbringung, Beratung, ...).
- die Berücksichtigung vielfältiger Geschlechteridentitäten durch die Verwaltung in Schrift, Sprache und Handlung.
- Sensibilisierung von Polizei und Behörden, um queerfeindliche Straftaten zu erkennen, angemessen zu ächten und sensibel mit queeren Betroffenen umzugehen. Diskriminierungsschutz bei Polizei und Behörden ist unerlässlich.
- queere autonome Räume wie die Zwischennutzung im alten Karlstorbahnhof ermöglichen und fördern.
- nicht-binäre bzw. intersexuelle Personen bei statistischen Verfahren angemessen berücksichtigen.
- Aufklärungsprojekte, um gesellschaftliche Stigmatisierung zu bekämpfen.
- queere Kulturprojekte wie das Queer Festival weiterhin zu fördern.

Migration und Integration – Ankommen in Heidelberg

Heidelberg ist eine vielfältige Stadt: Menschen aus mehr als 150 Nationen leben hier - und diese Vielfalt muss wertgeschätzt werden. Wenn man über diese Vielfalt spricht, muss man aber auch über alle Probleme und Barrieren sprechen, mit denen Menschen mit (familiärer) Migrations- oder Fluchtgeschichte Tag für Tag konfrontiert sind. Sie stellen keine Minderheit, sondern mehr als ein Drittel der Heidelberger Stadtgesellschaft dar.

Es muss Aufgabe der Kommune sein, strukturelle Barrieren abzubauen, sodass alle Heidelberger*innen denselben Zugang zu Infrastrukturen, Bildung, Kultur, politischen Entscheidungen und allen anderen Bereichen des Lebens haben.

Es geht um gleichberechtigte Teilhabe. Denn nur gleichberechtigte Teilhabe gibt den Menschen das Gefühl, wirklich angekommen zu sein. Die Stadt sollte sich also auch für das Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger*innen einsetzen. Eine Stadt, in der wir gemeinsam leben, muss eine Stadt sein, die wir gemeinsam gestalten.

Integration ist keine Einbahnstraße, sondern ein Prozess, der uns alle braucht. Für Integration muss die Stadt genug Förderung gewährleisten. Dabei müssen die Verbindungen zwischen Migrations- oder Fluchtgeschichte und anderen Diskriminierungsformen und Ungerechtigkeiten dringend im Blick behalten werden. Dazu möchten wir eine Umfrage unter Menschen mit Rassismuserfahrung realisieren. Zuletzt haben wir im städtischen Haushalt dazu erfolgreich einen Antrag eingebracht.

Der Rechtsruck in der Gesellschaft macht Deutschland zu einem unfreundlichen Ort. Heidelberg scheint hier mit über 240 anderen Städten ein besserer Ort zu sein, denn seit Anfang an gehört Heidelberg zum Bündnis der „Sicheren Häfen“. Das soll auch so sein. All jenen, die wiederholt Stimmung gegen Solidarität und eine Willkommenskultur machen, stellen wir uns vehement entgegen. Für uns ist klar: wer sich in einer Notsituation befindet oder wegen Krieg, Hunger, Klimakatastrophen, Unterdrückung oder Verfolgung fliehen muss, muss bei uns einen Platz finden - denn wir haben Platz. Wir orientieren uns an den Werten der Menschlichkeit und der internationalen Solidarität.

Heidelberg kann mehr machen, damit zugewanderte Menschen hier gut ankommen oder Menschen mit Rassismuserfahrung hier gut leben können.

Wir lehnen die Einführungen der Bezahlkarte – in welcher Form auch immer - für Geflüchtete strikt ab. Diese steht in einer Reihe mit der rassistischen Diskriminierung, Ausgrenzung und Stigmatisierung welche Geflüchtete ausgesetzt sind. Sie stellt ein Kontrollinstrument dar, welches zur Überwachung und Disziplinierung von Geflüchteten genutzt werden kann und öffnet weiteren Einschränkungen oder deren Einführung für andere Leistungsbeziehende Tür und Tor. Auch wenn die Einführung der Bezahlkarte auf Bundesebene bereits beschlossen wurde, liegt die Umsetzung in kommunaler Hand. Für uns heißt das ganz klar: Eine Bezahlkarte wird es in Heidelberg mit uns nicht geben!

Die Linke Heidelberg fordert:

- Schutzkonzepte für besonders schutzbedürftige Gruppen bei der Unterbringung von Geflüchteten (Frauen*, LGBTQ+).
- die mittel- und langfristige dezentrale Unterbringung von Geflüchteten.
- mehr Räume für die migrantische Selbstorganisation.
- die Finanzierung von Projekten und Akteur*innen, die gegen Rassismus und Antisemitismus aktiv sind und aufklären.
- eine Sichtbarmachung der Anliegen von Menschen mit Rassismuserfahrungen durch eine Studie/ Befragung.
- gesicherter Zugang zu Dolmetscher*innen für Behörden- und Arztgänge.
- Stärkung der Rechte des Migrationsbeirats.
- Heidelberg als „Solidarity City“ (= solidarische Stadt), denn kein Mensch ist illegal.
- freiwillige Aufnahme von Geflüchteten.
- eine ausreichende Unterstützung des sich in Gründung befindenden städtischen Runden Tisch Antirassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, der dem Austausch zwischen Zivilgesellschaft, Aktivist*innen, Politik und Verwaltung dient.
- mittel- und langfristig das Wahlrecht für Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft; kurzfristig Engagement bei der Städte-Erklärung "Unsere Städte, unsere Stimmen".
- die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte.
- die Öffnungszeiten des „Café Talk“ ausweiten und die entsprechende Förderung anpassen.
- anonymisierte Bewerbungsverfahren für Stellen und Wohnungen.
- keine Bezahlkarte in Heidelberg und keine weiteren Leistungskürzungen.

Von Jung bis Alt – Leben in Heidelberg

Die Gesellschaft muss Infrastruktur und kulturelle Angebote sowohl für junge Menschen, als auch ältere Menschen schaffen. Als Linke möchten wir hierzu Räume der Selbstorganisation stärken und kommunale Angebote schaffen, die Heidelberg lebenswert für alle Altersgruppen macht. Im Mittelpunkt der politischen und gesellschaftlichen Arbeit muss das Miteinander aller Generationen in einer freien, solidarischen und toleranten Gesellschaft stehen.

Jugend

Heidelberg ist mit einem Durchschnittsalter von knapp unter 40 Jahren die jüngste Stadt in Deutschland. Bei politischen Entscheidungen ist davon leider nicht viel zu merken. Jugendliche wollen die Gesellschaft verändern, nur wissen sie oft nicht wie. Sie sind nicht politikverdrossen, vielmehr ist die Politik jugendverdrossen. Wir wollen Jugendliche in ihrer politischen und sozialen Selbstorganisation unterstützen und gemeinsam für mehr politische Teilhabe streiten.

Die Neckarwiese als Treffpunkt für Jugendliche und junge Menschen muss wieder freier nutzbar sein und Polizeikontrollen, sowie Sperrungen vermieden werden. Ebenso wenden wir uns gegen strengere Sperrstunden. Stattdessen wollen wir lieber alternative Treffpunkte für junge Menschen fördern, damit vor allem die Altstadt entlastet wird. Den Fördertopf "Mehr junge Feierkultur" wollen wir als genuines Jugendprojekt stärken. Ebenso setzen wir uns mit aktiven Maßnahmen gegen das Clubsterben ein (siehe Kap. Kultur, S. 29).

Senior*innen

In naher Zukunft wird jeder Dritte in unserer Gesellschaft über 60 sein. Unsere Gesellschaft ist auf diese Herausforderung nicht ausreichend vorbereitet. Damit wir auch im hohen Alter in Würde leben können, muss eine altersgerechte und barrierefreie Infrastruktur im öffentlichen Raum bereitgestellt werden. Auch beim Wohnen muss stärker auf die verschiedenen Wohnbedürfnisse im Alter sowie auf die Sicherung bezahlbarer Mieten geachtet werden. Die Realität ist leider, dass viele Senior*innen unter Einsamkeit leiden.

DIE LINKE Heidelberg fordert:

- mehr Räume für alle: egal ob für Feiern und Proben und mehr Freizeitflächen.
- den Jugendgemeinderat stärken und die Zusammenarbeit mit ihm zu intensivieren.
- selbstverwaltete, konsumfreie Räume, in denen Jugendliche Demokratie und Verantwortung lernen und leben, z.B. im Rahmen eines Autonomen Zentrums.
- eine unbürokratische städtische Hilfe beim altersgerechten Umbau von Wohnungen.
- die finanzielle Förderung für gemeinschaftliche Wohnformen und Mehrgenerationenprojekte, die der Vereinsamung von älteren Menschen entgegenwirken.
- die Förderung von Kursen z.B. zum Umgang mit der Digitalisierung für Senior*innen.
- den Stopp der Privatisierung von Betreuungseinrichtungen.
- mehr Sitzbänke im öffentlichen Raum zum Verweilen, Ausruhen und Kraft tanken.
- den Ausbau von barrierefreien Bus-Haltestellen durch mehr Sitzbänke und Einstiegshilfen.
- Maßnahmen gegen sog. "defensive Architektur".

Bildung – Solidarisch und demokratisch für alle

Kinderbetreuung und Schule

Bildung ist ein Menschenrecht und beginnt bereits in der frühen Kindheit. Freie Plätze im Kindergarten sind Mangelware. Außerdem sind viele bestehenden Angebote auf einige wenige zentrale Stadtteile konzentriert - während in den äußeren das Angebot gering ist. Die wenigen existierenden Plätze sind extrem teuer. Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Hinzu kommen die schlechten Arbeitsbedingungen sowie der Personalmangel. Das ist weder für die Kinder, die Fachkräfte noch die Eltern ein tragbarer Zustand. Wir wollen das öffentliche Angebot und damit das städtische Entgeltssystem stärken, da es für die Familien günstiger ist als die privaten Kitas. Dabei muss die Höhe der Beiträge regelmäßig überprüft werden, damit insbesondere Familien mit wenig Geld entlastet werden.

Unser Ziel ist die Schaffung eines solidarischen Bildungssystems, das jedes Kind gemäß seiner Fähigkeiten und Bedürfnisse fördert. Gemeinschaftsschulen mit Ganztagsbetreuung wie die Waldparkschule auf dem Emmertsgrund und die Geschwister-Scholl-Schule in Kirchheim leisten gute Arbeit darin, den Kindern ein solidarisches Miteinander ohne Vorurteile und Diskriminierung näher zu bringen. Wir halten für eine pluralistische und demokratische Gesellschaft die Gemeinschaftsschule für die beste Schulform. Wir unterstützen den Ausbau weiterer Ganztagsbetreuungsangebote, zum Beispiel in Zusammenarbeit mit PädAktiv. Erst diese kann faire Bildung und Förderung für Alle unabhängig ihrer (finanziellen) Herkunft ermöglichen. Schließlich braucht es ein vielfältiges Angebot um allen Begabungen gerecht zu werden.

Die Linke Heidelberg fordert:

- eine kostenlose Kinderbetreuung für alle.
- eine Verbesserung der Bezahlung der Fachkräfte, des Personalschlüssels, sowie der Arbeitsbedingungen.
- die Integration von mehr Kindergärten in das städtische Entgeltmodell.
- mehr Maßnahmen zur Gewinnung von Personal einzuführen.
- Integrative Kindergärten zu stärken.
- die Sprachförderung an Kindergärten und Schulen auszubauen und sicherzustellen.
- den Sanierungsstau stoppen und Schulen zu lebenswerten Orten zu machen.
- ein flächendeckendes Ganztagsangebot sicherzustellen.
- ein kostenloses Mittagessen an Schulen und Kitas.
- die Stärkung der öffentlichen Schulen und die ausnahmslose Lehr- und Lernmittelfreiheit.
- mindestens eine feste Stelle für Schulsozialarbeit an allen Schulen.
- die multiprofessionelle Arbeit an Schulen (Schulpsycholog*innen, Schulsozialarbeiter*innen, Schulbegeleiter*innen) zu ermöglichen.
- die Stärkung des Gemeinschaftsschulangebots, das auch zum Abitur führt.
- ausreichend Mittel für inklusive Schulklassen.
- die nötigen Investitionen in die digitale Infrastruktur der Schulen sicherzustellen.
- den Miteinbezug der Schüler*innen bei wichtigen Entscheidungen.
- die Zusammenarbeit der Pädagogischen Hochschule mit den Heidelberger Schulen.

Ausbildung

Während von Unternehmen stets von einem "Fachkräftemangel" und einer guten Lage mit vielen freien Stellen auf dem Ausbildungsmarkt gesprochen wird, zeigt sich in der Realität ein anderes Bild. Während nur noch jeder fünfte Betrieb in Deutschland Berufseinsteiger*innen ausbildet, sind diese in der Realität oft hohen Belastungen ausgesetzt und mit einer geringen Ausbildungsvergütungen sowie schlechten Arbeitsbedingungen konfrontiert. Dies ist gerade in den Berufen der Fall, die am Stärksten von Personalmangel betroffen sind: Pflegekräfte oder Erzieher*innen. Auszubildende müssen viel mehr unterstützt und Ausbildungsbedingungen verbessert werden. Wer vom Fachkräftemangel spricht, muss für Azubis auch besser Ausbildungsbedingungen schaffen.

Die Linke Heidelberg fordert:

- Azubi-Wohnheime auszubauen und zu fördern.
- die gezielte Förderung für Auszubildende in Berufen, die von Personalmangel betroffen sind.
- eine offensive Ausbildungsstrategie, um eine Ausbildung attraktiver zu machen.

Studium

Der Preisanstieg bei den Mieten und die gestiegenen Nebenkosten treffen die etwa 40.000 Studierenden, die hier immatrikuliert sind im besonderen Maße. Inzwischen kostet ein WG-Zimmer in Heidelberg oft mehr als 500 Euro während die BAföG Wohnpauschale lediglich bei 360 Euro liegt. Heidelberg lagt 2023 im Studentenwohnpreisindex (MLP-Studentenwohnreport) mit einem Anstieg der qualitätsbereinigten Mieten von 8% Deutschlandweit auf Platz 1. Besonders betroffen sind hiervon Mieten in Wohngemeinschaften. Gleichzeitig stehen aber nur für ein Siebtel aller Studierenden Plätze in Wohnheimen zur Verfügung. Hier ist kommunales Handeln dringend notwendig.

Die Stadt kann sich nicht länger aus ihrer sozialen Verantwortung für ihre Studierenden herausziehen. Wir fordern Unterstützung durch die Ausweitung der Vergünstigungen des Heidelberg-Passes auf Bafög-Beziehende und Studierende mit finanziellen Schwierigkeiten. Studentische Armut muss systematisch bekämpft werden.

Als größte Bevölkerungsgruppe in Heidelberg werden Studierende in städtischen Entscheidungen kaum einbezogen. Dabei betreffen viele Entscheidungen Studierende. Hier brauchen wir mehr Mitsprache und Mitbestimmung.

Die Linke Heidelberg fordert:

- den Heidelberg-Pass auf Bafög-Berechtigte bzw. Studierende mit finanziellen Schwierigkeiten auszuweiten.
- einen vergünstigten Zugang zu Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen in öffentlichen Trägerschaften.
- das selbstverwaltete studentisches Wohnen (z.B. das „Collegium Academicum“) zu stärken und zu fördern.
- Unterstützungsprogramme für geflüchtete Studierende zu etablieren.
- das Studierendenwerk bei den Konversionsflächen zu berücksichtigen.
- die Einbindung von gewählten Studierendenvertretungen in kommunale Entscheidungen.

Demokratie – Gleichberechtigt und transparent

Alle müssen gleichberechtigt an den Stadtentwicklungsprozessen teilhaben können. Dafür braucht es mehr Beteiligung als lediglich alle fünf Jahre wählen zu gehen. Heidelberg gilt zwar als Vorreiterin bei der Bürger*innenbeteiligung, doch werden oft nicht alle sozialen Gruppen erreicht. Wir wertschätzen die Arbeit der vielen engagierten Menschen in Heidelberg sehr, die sich an Runden Tischen, in Beteiligungsforen und in Bürgerinitiativen einbringen. Gemeinsam wollen wir darüber diskutieren, wie wir bei diesen Beteiligungsformaten künftig einen sozialen Querschnitt der Menschen in Heidelberg erreichen können.

Baden-Württemberg hat den geringsten Anteil von Frauen in den Land- und Stadträten, in Heidelberg beträgt der Anteil rund ein Drittel. Menschen mit geringen oder keinem Einkommen fehlen nahezu ganz. Und obwohl Heidelberg vom Altersdurchschnitt her die jüngste Stadt Deutschlands ist, wird zu wenig Politik für junge Menschen gemacht. Die zunehmende soziale Spaltung gefährdet die Demokratie. Die Stadtteile mit den geringsten Einkommen haben auch die geringste Wahlbeteiligung.

Transparenz und Beteiligung ausbauen

Um das Interesse am politischen Geschehen zu erhöhen, wollen wir deswegen die Rechte der verschiedenen Gremien stärken. Wir lehnen jede Form des Demokratieabbaus ab, wie beispielsweise die Abschaffung des Mieterbeirates bei der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GGH. Wir setzen uns grundsätzlich für mehr Transparenz in der Tätigkeit der städtischen Gesellschaften und deren Aufsichtsräten (z.B. GGH, Stadtwerke, RNV, HSB) ein.

Bürger*innenhaushalte sehen wir als ein sinnvolles Mittel demokratischer Beteiligung und wir begrüßen die Entwicklung einer Heidelberger OpenData-Plattform für die Realisierung eines offenen Verwaltungshandelns.

Die Linke Heidelberg fordert:

- mehr Bürgerbegehren und Bürgerentscheide bei wichtigen Themen, wie zum Beispiel bei größeren geplanten Privatisierungen von öffentlichem Eigentum.
- der Mieterbeirat der städtischen Wohnungsgesellschaft GGH ist wieder einzusetzen und mit Stimmrecht im GGH-Aufsichtsrat zu versehen, um demokratischen Ansprüchen gerecht zu werden.
- das Bürger*innen im Rahmen von „Bürgerpanels“ regelmäßig befragt werden, sofern das Anliegen eine bestimmte Kostensumme übersteigt. Diese Panels sollen um einem Online-Forum erweitert werden, in dem ein ständiger Austausch zwischen Bürger*innen, Politik und Verwaltung erfolgt.

Kultur – Für alle Menschen

Kultur ist ein breiter Begriff - und das ist richtig so! Denn gerade in ihrer Vielfalt und ihrer Bandbreite kann Kultur ihre Aufgaben erfüllen, die so zentral für eine Demokratie und ein gutes Leben ist. Dafür muss Kultur allen Menschen zugänglich sein - unabhängig ihres Einkommens, ihrer Gesundheit oder ihres Alters. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Kultur zugänglicher gemacht wird. Zentral für die Erreichung dieses Zieles ist es auch, Kulturpolitik fernab einer Unterscheidung zwischen Hoch- und Subkultur zu gestalten, denn nur so kann Kultur für Alle sichergestellt werden. Dennoch wollen wir insbesondere die Breitenkultur im Blick haben, um eine gerechtere Verteilung der städtischen Mittel zu erwirken. Wir setzen uns für partizipative Freiräume und Räume für kulturelle Bildung ein, die weitgehend unter engem Einbezug oder sogar in Verantwortung der Heidelberger Bürger*innen gestaltet werden.

Clubsterben

In der Vergangenheit mussten in Heidelberg immer mehr Clubs und Discotheken schließen. Dies ist ein bundesweiter Trend, aufgrund massiv gestiegener bürokratischer Auflagen, wie den neueren Brandschutzverordnungen, verteuertem GEMA-Gebühren und nicht zuletzt den Corona-Auswirkungen. Es fällt daher immer schwerer, Clubs wirtschaftlich betreiben zu können.

Umso wichtiger ist es, dass die Stadt Clubs unterstützt. Auf unseren Antrag hin wurde mit der Förderung von Livemusik in Heidelberger Clubs durch das Kulturamt ein wichtiger erster Schritt getan. Wir unterstützen Projekte und Konzepte, die dem Clubsterben entgegenwirken, denn wir wollen kein Heidelberg, in dem Abends nichts los ist. Eine Verschärfung der Sperrstunden lehnen wir ab. Eine lebendige Altstadt und Lärmschutz für Anwohner*innen müssen sich nicht ausschließen.

Cannabis Social Club

Die aktuelle Entkriminalisierung von Cannabis durch die Ampel war überfällig und entlastet die Behörden vor der unnötigen Verfolgung und Kriminalisierung konsumierender Personen. Im Gemeinderat haben wir einen Antrag für einen Cannabis Social Club eingebracht, welcher als nicht-kommerzieller Verein den kollektiven Anbau einer limitierten Menge von Cannabis organisiert, um die persönlichen Bedürfnisse der volljährigen Clubmitglieder zu decken. Heidelberg als Wissenschaftsstandort bietet hier die optimalen Bedingungen für ein Modellprojekt. Jetzt heißt es, die Debatte über Cannabis progressiv zu gestalten und internationalen Beispielen zu folgen.

Die Linke Heidelberg fordert:

- Heidelberg als „City of Literature“ (= Literaturstadt) zu stärken und ausreichend zu finanzieren und die Bevölkerung bei der Gestaltung miteinzubeziehen. Dabei sollen der Topf "Mehr Literatur wagen" und der Literaturherbst langfristig gestärkt werden.
- queere Kultur und Sichtbarkeit unter Einbezug der queeren Gemeinschaft gestalten (siehe Kap. Queer, S.22)
- die Erinnerungskultur an NS-Regime zu pflegen, welches auch in Heidelberg eine Hochburg fand.
- die Thingstätte wieder zugänglich zu machen.
- mehr freie Räume für Kultur zu schaffen (billige Miete, offene Flächen, unkomplizierte Nutzung).
- mehr Vergünstigungen bei kulturellen Angeboten für Menschen mit Heidelberg(+)-Pass, sowie Schüler*innen, Azubis und Studierende.
- langfristig einen freien Eintritt in den städtischen Kulturstätten.
- ein Autonomes Zentrum und die Jugendhalle zu reaktivieren.

Gesundheit – Lebensqualität für alle

Eine gute Gesundheitsversorgung ist ein wichtiger Teil der Lebensqualität in Heidelberg. Aus allen Teilen der Welt kommen Menschen hierher, um sich behandeln zu lassen. Doch auch hier herrscht eine Zwei-Klassen-Medizin: Privatpatient*innen werden bevorzugt, während Kassenpatient*innen oft sehr lange auf einen Facharzttermin warten müssen. Die Krankenhäuser stehen immer stärker unter Druck und so wird Gesundheit zur Ware gemacht. Zu wenige Pflegekräfte versorgen zu viele Patientinnen und Patienten: das bedeutet Dauerstress für alle! Obwohl Heidelberg kein eigenes Gesundheitsamt hat, wollen wir dieses Thema stärker in den Gemeinderat einbringen. Denn eine gute Gesundheitsversorgung ist ein zentraler Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Pflegenotstand bekämpfen

Wir wollen den Pflegenotstand stoppen. Dafür haben wir bereits vor vielen Jahren eine bundesweite Kampagne für die Schaffung von 100.000 zusätzlichen Pflegekräften in Krankenhäusern und 40.000 in Altenpflegeheimen, eine Personalmindestbemessung und einen Pflegemindestlohn von 14,50 EUR gestartet.

In Heidelberg waren oft auf den Straßen unterwegs, um mit den Menschen über dieses Thema zu sprechen. Natürlich waren wir auch solidarisch an der Seite der Streikenden des Uniklinikum, die für einen bessere Arbeitsbedingungen streikten. Zudem sind wir im Solidaritäts-Bündnis Rhein-Neckar für mehr Personal im Gesundheitswesen aktiv, um für eine Wende in der Pflege Druck zu machen.

Die Linke Heidelberg fordert:

- die Rekommunalisierung von Krankenhäusern und Pflegeheimen in privater Trägerschaft – Gesundheitsvorsorge gehört in die öffentliche Hand.
- Mehr betriebliche Mitbestimmung und demokratische Kontrolle statt Profitorientierung von Gesundheitskonzernen und ihrer Aktionäre.
- das Verbot von Outsourcing von Aufgabenbereichen in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen.
- eine flächendeckende Gesundheitsversorgung. Auch auf dem Emmertsgrund und im Boxberg muss es genug Facharztpraxen geben.
- Beratungsangebote in Senior*innenzentren, in denen Angehörige rund um Fragen zur Pflege zuhause beraten werden können.

Sport, Spiel und Spaß – Für Heidelberg

Sport ist ein zentraler Aspekt des gesellschaftlichen Miteinanders. Hier werden wichtige Aspekte wie Fairness und Kooperation gestärkt. Außerdem leisten unsere Sportvereine einen wichtigen Beitrag zur Integration und Inklusion. Um Sport und Freizeit erlebbar zu machen, darf der öffentliche Raum nicht eingeschränkt, kommerzialisiert und mit Verboten belegt werden. Ehrenamtliche tragen die Hauptlast der Arbeit vor Ort und müssen eine bessere Förderung erfahren.

Wir sehen aber, dass im Leistungssport oftmals Sponsorengewinne und Profitinteressen im Vordergrund stehen - der Breitensport gerät zunehmend unter Finanzierungsdruck. Private Fitnessvereine schließen durch ihre hohen Gebühren viele Menschen aus. Wir wollen daher die Heidelberger Sportvereine so unterstützen, dass sie Menschen mit wenig Einkommen, Schüler*innen und Studierenden deutlich günstigere Mitgliedsbeiträge anbieten können. Wir wollen gerade Menschen, insbesondere Kinder, aus ärmeren Bevölkerungsteilen nicht ausgeschlossen sehen. Wir haben es geschafft, im Gemeinderat mit einem Antrag zur Unterstützung für Vereinsmitgliedschaften Menschen finanziell zu entlasten: der Mitgliedsbeitrag von Heidelberger Sportvereinen wird für alle Menschen mit Heidelberg-Pass(+) mit bis zu 50 EUR im Jahr gefördert.

Besonders Kinder und Jugendliche haben in der Stadt zu wenige Möglichkeiten, sich frei zu bewegen. Spiel- und Sportplätze sind selten und oft in schlechtem Zustand. Heidelberg darf nicht länger eine kinderfeindliche Stadt sein.

Es braucht mehr Geld, um die Sportanlagen in Heidelberg zu erhalten und zu sanieren. Neue Sportflächen müssen bei der Stadtentwicklung stärker berücksichtigt werden. Wir wollen uns für Sportflächen einsetzen, die inklusive Angebote für alle Geschlechter und Altersgruppen ermöglichen und auch individuell genutzt werden können.

In Heidelberg sind glücklicherweise keine Schwimmbäder geschlossen worden wie in anderen Städten. Dennoch sind unsere Schwimmbäder sehr teuer. Wir haben uns als Fraktion gegen die Preiserhöhungen gestellt, leider ohne Erfolg. Hier wollen wir dranbleiben, denn Schwimmen darf nicht zum Luxus werden. An allen Grundschulen muss ein flächendeckender Schwimmunterricht sichergestellt werden. Es darf auch keine kurzzeitige Schließung von Schwimmbädern geben.

Die Linke Heidelberg fordert:

- mehr Geld für Sport- und Freizeitanlagen.
- mehr Förderungen für Kinder und Jugendliche im Sportbereich mit vergünstigten bzw. kostenlosen Mitgliedsbeiträgen.
- die Sportvereine für alle bezahlbar zu machen, in dem zum Beispiel die Anschaffungskosten für Sportartikel bezuschusst werden können.
- die Schwimmbäder zu erhalten und die Eintrittspreise zu senken.
- den Ausbau von kostenlosen Schwimmkursen, die Erhöhung der Anzahl an Schwimmbädern mit mehr Personal.
- den Erhalt und Ausbau von öffentlichen Parkanlagen und andere Grünflächen zur Erholung und der Freizeitgestaltung.
- ein klares "Nein" zu Verbotspolitik mit ständiger Polizeipräsenz in Freiräumen.

Frieden - Beginnt vor Ort

Als antifaschistische Partei stellen wir allen Formen von rechtem Hass und Hetze entschlossen entgegen. Ob es gegen das Geschlecht, die Herkunft, der sexuellen oder religiösen Orientierung oder gegen eine Behinderung von Menschen geht – Menschenfeindlichkeit darf in einer freien Gesellschaft keinen Platz haben. Dafür arbeiten wir mit friedenspolitischen, feministischen und queeren sowie antirassistischen und antifaschistischen Gruppen zusammen.

Nie wieder Faschismus, Nie wieder Krieg!

Das ist für uns nicht nur eine lose Floskel, sondern Handlungsanweisung für unsere Politik. Wir unterstützen deswegen unter anderem die Initiative Stolpersteine, mit der an die historisch einmaligen Verbrechen an Jüdinnen und Juden erinnert wird. Wir lehnen weitere Aufrüstung, Rüstungsexporte und weitere Militäreinsätze unter deutscher Beteiligung ab. Heidelberg war 65 Jahre lang Stützpunkt von NATO-Truppen und NATO-Hauptquartier der Landstreitkräfte. Von hier aus wurden völkerrechtswidrige Kriege der NATO organisiert und koordiniert. Die Geschichte dieser Kriege ist daher eng mit Heidelberg verbunden.

Kampf gegen Faschismus

Versuche von Rechtspopulisten und Neofaschisten, die Kulisse der Stadt Heidelberg für ihre Propaganda-Zwecke zu missbrauchen, treten wir mit aller Kraft entgegen. Aufmärsche, Mahnwachen und Kundgebungen von neofaschistischen Parteien, rechten Kameradschaften oder neofaschistischen Burschenschaften wie der Normannia wollen wir verhindern.

Kein Werben fürs Sterben

Zu einer lebendigen Friedenskultur gehört auch die friedenspolitische Bildung. Die Praxis der Bundeswehr, mit Jugendoffizieren für den Militärdienst zu werben, verurteilen wir auf das Schärfste. Stattdessen setzen wir uns verstärkt für friedenspolitische Projekte an den Schulen ein.

Ehre, wem Ehre gebührt!

Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass bei Straßenumbenennungen und Neubenennung besonders jenen Menschen gedenkt wird, die sich für eine friedlichere und solidarischere Welt eingesetzt haben.

Zivilklausel

Wir unterstützen die Forderung nach einer Zivilklausel. Das bedeutet, dass Forschung für militärische Zwecke abgelehnt wird. Heidelberg als ehemaliger NATO-Stützpunkt hat hier eine besondere Verantwortung und muss sich deshalb für die Verabschiedung der Zivilklausel aktiv einsetzen

Die Linke Heidelberg fordert:

- die finanzielle Förderung von Basisorganisationen der Friedensbewegung.
- Straßen nach Personen zu benennen, die sich für eine friedliche Welt einsetzen.
- eine Zivilklausel für die Universität.
- kein Werben fürs Sterben – Bundeswehr raus aus den Schulen.

Unsere Liste zur Kommunalwahl

Platz	Nachname	Vorname	Beruf	Wohnort	Geburtsjahr
1	Mirow	Sahra	wissenschaftliche Mitarbeiterin	Ziegelhausen	1984
2	Zieger	Bernd	Diplom-Wirtschaftsinformatiker	Rohrbach	1968
3	Kızıldaş	Zara	Lehramtsreferendarin	Altstadt	1999
4	Hund	Franky	Student	Kirchheim	1994
5	Bohnen	Kim	Bankkauffrau	Bergheim	1999
6	Götz-Hege	Jörg	Einrichtungsleiter	Schlierbach	1957
7	Neuner	Monika	Gewerkschaftssekretärin	Rohrbach	1982
8	Csaszkozy	Michael	Realschullehrer	Südstadt	1970
9	Veit-Schirmer	Imke	Übersetzerin	Kirchheim	1960
10	Nicola	Maxim	Auszubildender Lokführer	Weststadt	1997
11	Pitz	Millvina	Studentin	Altstadt	1998
12	Kühnberger	Niklas	Student	Handschuhsheim	2000
13	Sterzenbach	Kerstin	Berufsbetreuerin	Rohrbach	1965
14	Baumbach	Takara	Softwareentwickler	Boxberg	1979
15	Epting	Jana	Studentin	Weststadt	1999
16	Heymel	Jérémie	Student	Rohrbach	2000
17	Boerger	Lara	Mediatorin	Südstadt	1990
18	Jakovac	Markus	wissenschaftlicher Mitarbeiter	Wieblingen	1974
19	Tot	Sara	Jugendbildungsreferentin	Wieblingen	1994
20	Hehn	Thomas	Heilpädagoge	Emmertsgrund	1964
21	Bopp	Emilia	Softwareentwicklerin	Ziegelhausen	1989
22	Dorner	Simon	Gymnasiallehrer	Südstadt	1983
23	Strauß	Emily	Studentin	Kirchheim	1998
24	Wyrwas	Wolf-Dietrich	Grafiker	Ziegelhausen	1944
25	Siroka	Marianna	Studentin	Bergheim	2004
26	Kroker	Björn	Sachbearbeiter	Neuenheim	1985
27	Schlachter	Sabrina	Sozialarbeiterin	Wieblingen	1992
28	Özcan	Florian	Eventmanager	Weststadt	1990
29	Rheinheimer	Julia	Bildungsreferentin	Handschuhsheim	1993
30	Schütz	Sabine	Studentin	Südstadt	1963
31	Sehls	Rüdiger	Softwareentwickler	Pfaffengrund	1971
32	Gies	Paula	Studentin	Kirchheim	2000
33	Branscheid	Wolf-Rüdiger	Lehrer	Südstadt	1964
34	Hansbauer	Simon	Theologe	Bahnstadt	1996
35	Kraut	Daniel	Softwareentwickler	Bahnstadt	1991
36	Joos	Marcel	Auszubildender Psychotherapeut	Bergheim	1990
37	Dobelmann	Michel	Lehrer	Südstadt	1979
38	Reuter	Frederik	Student	Handschuhsheim	2006
39	Fiedler	Julian	Student	Bergheim	2002
40	Waldi	Michael	Diplom-Ingenieur Umweltschutz	Bergheim	1979
41	Dr. Thiel	Detlef	Lehrer	Handschuhsheim	1972
42	Weiß	Christian	Verleger	Handschuhsheim	1959
43	Raos	Sven	Student	Rohrbach	1997
44	Hamm	Judith	Rentnerin	Handschuhsheim	1957
45	Werner	Georg	Lehrer	Altstadt	1981
46	Lindemann	Anna-Maria	Gewerkschaftssekretärin i. R.	Ziegelhausen	1953
47	Bresien	Rüdiger	Rentner	Rohrbach	1958
48	Pollmann Tuya	Anthony	Student	Ziegelhausen	1998

Am 09.Juni: Liste 5!



www.dielinke-hd.de